



Resolution 1746 (2007)**verabschiedet auf der 5645. Sitzung des Sicherheitsrats
am 23. März 2007**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere seine Resolution 1662 (2006), mit der er das in dem Bericht des Generalsekretärs vom 7. März 2006 (S/2006/145) festgelegte Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) bis einschließlich 23. März 2007 verlängerte, und auf seine Resolution 1659 (2006), in der er sich den Afghanistan-Pakt zu eigen machte, *sowie unter Hinweis* auf den Bericht der vom 11. bis 16. November 2006 nach Afghanistan entsandten Mission des Sicherheitsrats (S/2006/935),

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

bekräftigend, dass er die Regierung und das Volk Afghanistans auch künftig dabei unterstützen wird, ihr Land wieder aufzubauen, die Grundlagen eines dauerhaften Friedens und einer konstitutionellen Demokratie zu stärken und ihren rechtmäßigen Platz in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen,

in diesem Zusammenhang *bekräftigend*, dass er die Durchführung des Afghanistan-Paktes, der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der Nationalen Drogenkontrollstrategie unter Eigenverantwortung des afghanischen Volkes unterstützt, und *feststellend*, dass sich alle maßgeblichen Akteure ständig dafür einsetzen müssen, die Fortschritte bei der Durchführung zu konsolidieren und aktuelle Herausforderungen zu bewältigen,

daran erinnernd, dass der Afghanistan-Pakt auf einer Partnerschaft zwischen der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft gründet und die Vereinten Nationen eine zentrale und unparteiische Koordinierungsrolle wahrnehmen,

erneut *aner kennend*, dass die Herausforderungen in Afghanistan miteinander verknüpft sind, *bekräftigend*, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungswesen und Entwicklung sowie in der übergreifenden Frage der Drogenbekämpfung einander verstärken, und *unter Begrüßung* der fortgesetzten Bemühungen der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen auf kohärente Weise innerhalb des umfassenden Rahmens des Afghanistan-Paktes zu bewältigen,

im Kontext eines umfassenden Ansatzes *feststellend*, dass bei den Zielen der UNAMA und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) Synergien bestehen, und *betonend*, dass sie ihre Zusammenarbeit und Koordinierung unter gebührender Berücksichtigung der ihnen jeweils zugewiesenen Verantwortlichkeiten fortsetzen müssen,

unter erneutem Hinweis auf seine Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere die Zunahme der gewalttätigen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida, illegal bewaffneter Gruppen und derjenigen, die am Suchtstoffhandel beteiligt sind, sowie die Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen, und *betonend*, wie wichtig die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals ist,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen des Aufstands auf die Fähigkeit der afghanischen Regierung, für Sicherheit zu sorgen, grundlegende Dienste für das afghanische Volk bereitzustellen und den uneingeschränkten Genuss seiner Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten,

unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Erklärung von Kabul vom 22. Dezember 2002 über gutnachbarliche Beziehungen (Kabuler Erklärung) (S/2002/1416), *unter Begrüßung* der am 19. November 2006 auf der zweiten Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan verabschiedeten Erklärung von Neu-Delhi, *mit Interesse* der dritten Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan *entgegensehend*, die 2007 in Islamabad (Pakistan) stattfinden soll, und *betonend*, wie entscheidend wichtig es für alle Parteien ist, die regionale Zusammenarbeit als wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, des Regierungswesens und der Entwicklung in Afghanistan voranzutreiben,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1265 (1999), 1296 (2000), 1674 (2006) und 1738 (2006) über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolution 1325 (2000) über Frauen und Frieden und Sicherheit,

die zentrale und unparteiische Rolle *unterstreichend*, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan wahrnehmen, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen, wozu auch die gemeinsam mit der Regierung Afghanistans durchgeführte Koordinierung und Überwachung der Anstrengungen zur Umsetzung des Afghanistan-Paktes gehört, und *mit dem Ausdruck* seiner Anerkennung und nachdrücklichen Unterstützung für die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs, seines Sonderbeauftragten für Afghanistan sowie der Frauen und Männer der UNAMA,

1. *begrüßt* den Bericht des Generalsekretärs vom 15. März 2007 (S/2007/152);
2. *bekundet* den Vereinten Nationen *seine Anerkennung* für ihre langfristige Zusage zur Zusammenarbeit mit der Regierung und dem Volk Afghanistans;
3. *beschließt*, das in Resolution 1662 (2006) festgelegte Mandat der UNAMA bis zum 23. März 2008 zu verlängern;
4. *unterstreicht* die Aufgabe der UNAMA, ein kohärenteres internationales Engagement zur Unterstützung Afghanistans zu fördern, durch Kontaktarbeit in Afghanistan Gute Dienste zu erbringen, die regionale Zusammenarbeit im Kontext des Afghanistan-Paktes zu unterstützen, die Koordinierung der humanitären Maßnahmen zu fördern und auch künftig zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte, einschließlich der Überwachung der Lage der Zivilpersonen in dem bewaffneten Konflikt, beizutragen;

5. *begrüßt* die erweiterte Präsenz der UNAMA in den Provinzen in Form von Regional- und Provinzbüros, welche die auf zentraler Ebene unternommenen Anstrengungen zur Koordinierung und Überwachung der Umsetzung des Afghanistan-Paktes sowie die von der Regierung Afghanistans und ihren internationalen Partnern unternommenen Bemühungen zur Verbesserung der Erbringung von Dienstleistungen für afghanische Bürger im ganzen Land unterstützen, und *ermutigt* zu weiteren diesbezüglichen Fortschritten, namentlich in den südlichen und östlichen Provinzen, sofern die Sicherheitsbedingungen es zulassen;

6. *fordert* die afghanische Regierung sowie alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft und die internationalen Organisationen *erneut auf*, den Afghanistan-Pakt und seine Anlagen vollständig umzusetzen;

7. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, die in dem Pakt vorgesehenen Ziele und Fristen für Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungswesen und Entwicklung sowie in der übergreifenden Frage der Drogenbekämpfung einzuhalten und die Wirksamkeit und Koordinierung der Hilfe für Afghanistan zu stärken;

8. *anerkent* die zentrale Rolle des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats bei der Erleichterung und Überwachung der Umsetzung des Paktes, *betont* die Rolle, die dem Rat bei der Unterstützung Afghanistans zukommt, indem er unter anderem die internationalen Hilfs- und Wiederaufbauprogramme koordiniert, *befürwortet* Maßnahmen zur Stärkung des Sekretariats des Rates, *begrüßt* die Ergebnisse des am 30. und 31. Januar 2007 in Berlin abgehaltenen Treffens der Politischen Direktoren des Rates und *ermutigt* zu weiteren Anstrengungen, um geeignete politische Orientierungen auf hoher Ebene vorzugeben und ein kohärenteres internationales Engagement zu fördern;

9. *fordert* alle afghanischen Parteien und Gruppen *auf*, sich konstruktiv an einem alle Seiten einschließenden politischen Dialog im Rahmen der afghanischen Verfassung und von Aussöhnungsprogrammen unter afghanischer Führung sowie an der sozialen Entwicklung des Landes zu beteiligen und *betont*, wie wichtig diese Faktoren zur Erhöhung der Sicherheit und der Stabilität sind;

10. *unterstreicht* die Notwendigkeit weiterer Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, um unter anderem dem Ziel ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte näherzukommen, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land sorgen, *begrüßt* in diesem Zusammenhang die laufenden Maßnahmen zur Erhöhung der Funktionsfähigkeit, Professionalität und Rechenschaftspflicht des Sicherheitssektors, namentlich auch der Afghanischen Nationalarmee und der Afghanischen Nationalpolizei, einschließlich der kürzlich von den Vereinigten Staaten und anderen Partnern vorgeschlagenen Beiträge, und *fordert* eine ordnungsgemäße Überwachung der Aufstellung der Hilfspolizei, damit deren Rechenschaftspflicht gegenüber den Zentralbehörden gewährleistet ist;

11. *begrüßt* den Beschluss der Europäischen Union, eine Mission auf dem Gebiet der Polizeiarbeit mit Verknüpfungen zum umfassenderen Rechtsstaatlichkeitsaspekt und der Drogenbekämpfung einzurichten, welche die derzeitigen Bemühungen auf dem Gebiet der Polizeireform auf zentralstaatlicher und auf Provinzebene unterstützen und verstärken soll, und *sieht* der raschen Entsendung der Mission *entgegen*;

12. *begrüßt außerdem* den erfolgreichen Abschluss des im Oktober 2003 begonnenen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozesses sowie den Beginn des Programms zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen sowie die in diesem Zusammenhang auf der zweiten Konferenz von Tokio zur Konsolidierung des Friedens in Afghanistan am 5. Juli 2006 eingegangenen Verpflichtungen, *fordert* die afghanische Regierung *auf*, die rasche Umsetzung des Programms im ganzen Land auf allen Ebenen entschlossen voranzutreiben, namentlich durch die Durchführung des kürzlich verabschiedeten

Aktionsplans, und *ersucht* die internationale Gemeinschaft, bei diesen Anstrengungen weitere Hilfe zu leisten und dabei die von der UNAMA vorgegebenen Orientierungen umfassend zu berücksichtigen;

13. *betont* die Notwendigkeit rascherer Fortschritte bei der Durchführung der Zehn-jahresstrategie für die Justizreform im Rahmen des Afghanistan-Paktes, namentlich durch die Festlegung der Verantwortlichkeiten und die Bereitstellung angemessener Ressourcen, *bittet* die afghanische Regierung, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin auf die Schaffung eines fairen und transparenten Justizsystems hinzuwirken, namentlich die Wiederherstellung und Reform des Strafvollzugs, um die Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land zu stärken und die Straflosigkeit zu beseitigen, und *nimmt* mit Interesse von der Initiative *Kenntnis*, in Rom eine Konferenz über Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan zu veranstalten, um das Engagement Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft zu Gunsten der Reform des Justizsektors zu stärken;

14. *begrüßt* die anhaltenden Bemühungen der afghanischen Behörden, Gesetzesreformen zu fördern, und *betont*, dass internationale Unterstützung beim Kapazitätsaufbau für diese Reformen und ihre Durchführung vonnöten ist;

15. *begrüßt außerdem* die Einsetzung von Provinzräten im Einklang mit der afghanischen Verfassung, *ermutigt* alle Institutionen, in einem Geist der Zusammenarbeit tätig zu sein, *fordert* die afghanische Regierung *auf*, die Reform der öffentlichen Verwaltung weiter voranzutreiben, um eine gute Regierungsführung, volle Repräsentation und Rechenschaftspflicht auf nationaler wie auf lokaler Ebene zu gewährleisten, und *unterstreicht*, dass es weiterer internationaler Anstrengungen zur Bereitstellung entsprechender technischer Hilfe bedarf, insbesondere auf lokaler Ebene;

16. *fordert* die afghanische Regierung *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft mit der Planung und den Vorbereitungen für den nächsten Wahlzyklus in Afghanistan zu beginnen, namentlich auch mit der Aufstellung eines ständigen Wählerverzeichnis, wie im Afghanistan-Pakt vorgesehen, dem Erlass und der Anwendung eines aktualisierten Wahlgesetzes sowie der finanziellen und politischen Unterstützung der Unabhängigen Wahlkommission, um sicherzustellen, dass sie über die benötigten Ressourcen verfügt, und dafür zu sorgen, dass in Afghanistan die Schaffung kostengünstiger und bestandfähiger Systeme eingeleitet wird, die zu freien, fairen und transparenten Wahlen beitragen werden;

17. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von den Auswirkungen der weit verbreiteten Korruption auf die Sicherheit, das Regierungswesen und die Drogenbekämpfungsmaßnahmen, *fordert* die afghanische Regierung *auf*, mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft entschlossen die Führung bei der Korruptionsbekämpfung zu übernehmen und ihre Anstrengungen zur Schaffung einer wirksameren, rechenschaftspflichtigeren und transparenteren Verwaltung fortzusetzen, und *begrüßt* die jüngsten diesbezüglichen Schritte der afghanischen Regierung;

18. *fordert* die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in ganz Afghanistan, *ersucht* die UNAMA, mit Unterstützung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte auch weiterhin bei der vollinhaltlichen Umsetzung der Menschenrechtsbestimmungen der afghanischen Verfassung und der völkerrechtlichen Verträge, deren Vertragsstaat Afghanistan ist, behilflich zu sein, insbesondere was den uneingeschränkten Genuss der Menschenrechte durch die Frauen betrifft, *lobt* die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission für ihre mutigen Anstrengungen zur Überwachung der Achtung vor den Menschenrechten in Afghanistan sowie zur Förderung und zum Schutz dieser Rechte;

19. *betont* die Wichtigkeit des von der Regierung Afghanistans in Gang gesetzten Prozesses der nationalen Aussöhnung und *ermutigt* zur vollinhaltlichen und raschen Umsetzung des Aktionsplans für Frieden, Gerechtigkeit und Aussöhnung im Einklang mit dem Afghanistan-Pakt mit internationaler Unterstützung, unbeschadet der Durchführung der vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999 und anderen einschlägigen Ratsresolutionen beschlossenen Maßnahmen;

20. *begrüßt* die Zusammenarbeit der afghanischen Regierung und der UNAMA mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) bei der Durchführung der Resolution 1735 (2006) und *ermutigt* zur Fortsetzung dieser Zusammenarbeit;

21. *begrüßt außerdem* die Fortschritte bei der Umsetzung der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan, *unterstreicht*, dass die afghanische Regierung auch weiterhin eine Führungsrolle bei ihrer Umsetzung wahrnehmen muss, und *ermutigt* die Teilnehmer an der Londoner Konferenz, die von ihnen gegebenen Zusagen, namentlich im Wege finanzieller Hilfe bei der Umsetzung der Strategie, auch künftig einzuhalten und ihre Erhöhung zu erwägen;

22. *verleiht* seiner Besorgnis über die schwerwiegenden Schäden *Ausdruck*, die der Anstieg beim Anbau und der Erzeugung von Opium und beim Opiumhandel für die Sicherheit, die Entwicklung und das Regierungswesen in Afghanistan, für die Region sowie auf internationaler Ebene darstellt, *fordert* die afghanische Regierung *auf*, die wirksame Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft voranzutreiben, und *ermutigt* die internationale Gemeinschaft, zusätzliche Unterstützung für die in der Strategie genannten vier Prioritätsbereiche zu gewähren, namentlich durch Beiträge zu dem Treuhandfonds für Drogenbekämpfung und durch die Fortsetzung der regionalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den unerlaubten Handel mit Drogen und Vorläuferstoffen und gegen die mit diesem Handel verbundene Geldwäsche;

23. *begrüßt* die Ergebnisse der zweiten Ministerkonferenz über die von Afghanistan ausgehenden Routen des Drogenhandels, die von der Regierung der Russischen Föderation in Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung im Rahmen der Initiative des Pariser Paktes vom 26. bis 28. Juni 2006 in Moskau veranstaltet wurde (S/2006/598), und *fordert* die Staaten *auf*, die internationale und regionale Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen die Bedrohung, die der internationalen Gemeinschaft aus der unerlaubten Erzeugung von und dem unerlaubten Handel mit aus Afghanistan stammenden Drogen erwächst, zu verstärken;

24. *fordert* alle afghanischen und internationalen Parteien *auf*, mit der UNAMA bei der Erfüllung ihres Mandats und bei den Anstrengungen zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Land auch weiterhin zusammenzuarbeiten;

25. *fordert* die Regierung Afghanistans *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation "Dauerhafte Freiheit", im Einklang mit den ihnen jeweils zugewiesenen und sich verändernden Verantwortlichkeiten, auch weiterhin gegen die Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Afghanistans vorzugehen, die von den Taliban, der Al-Qaida, anderen extremistischen Gruppen und kriminellen Tätigkeiten ausgeht, *begrüßt* den Abschluss der Ausweitung der Truppe auf ganz Afghanistan und *fordert* alle Parteien *auf*, das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten und den Schutz des Lebens von Zivilpersonen zu gewährleisten;

26. *begrüßt* die laufenden Anstrengungen der Regierung Afghanistans und ihrer Partner in den Nachbarländern und der Region zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens

und der Zusammenarbeit, *betont*, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Partnern gegen die Taliban, die Al-Qaida und andere extremistische Gruppen ist, um Frieden und Wohlstand in Afghanistan sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Entwicklung als Mittel zur Herbeiführung der vollständigen Integration Afghanistans in die regionale Dynamik und die Weltwirtschaft zu fördern, und *begrüßt* ferner die dabei erzielten Fortschritte;

27. *anerkennt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und der dauerhaften Wiedereingliederung der verbleibenden afghanischen Flüchtlinge für die Stabilität des Landes und der Region und *ruft* zur Fortsetzung und Ausweitung der diesbezüglichen internationalen Hilfe *auf*;

28. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle sechs Monate über die Entwicklungen in Afghanistan Bericht zu erstatten;

29. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.
